

Federf. Stadtamt: Amt für Familie, Jugend und Soziales

<b>Vorlage für den</b>	Berichterstatter	Sitzung am	Punkt
Jugendhilfeausschuss	Beigeordneter/Stadtkämmerer Hommel	14.06.2005	

öffentliche Sitzung

**Betrifft: Kinder mit Migrationshintergrund in Tageseinrichtungen**

**Begründung:**  
(ggf. zusätzlich)

**Ausgangssituation**

Im Rahmen der Behandlung des Themas Kindergartenbedarfsplanung - Sonderförderung für katholische Kindertageseinrichtungen - ist in der Jugendhilfeausschusssitzung am 25.1.2005 die Frage nach der Zugänglichkeit der Angebote für Kinder verschiedener Religionszugehörigkeiten sowie mit Migrationshintergrund angesprochen worden. Einvernehmlich haben die Ausschussmitglieder die Arbeitsgemeinschaft Tagesbetreuung gebeten, sich mit diesem Thema auf der Grundlage einer Bestandserhebung und -analyse zu befassen und hierüber im Jugendhilfeausschuss zu berichten.

**Bestandserhebung und -analyse**

Die Verwaltung hat daraufhin sämtliche Gladbecker Kindergärten angeschrieben und gebeten, die Religionszugehörigkeit der Kinder anzugeben, zudem wurde abgefragt, wie viele Kinder die Einrichtung besuchen, deren Eltern/Elternteil aus einem ausländischen Herkunftsland kommen bzw. in deren Familien vorrangig eine nicht deutsche Sprache gesprochen wird. Durch Änderungen im Staatsangehörigkeitsrecht lassen sich nur auf diese Weise die Kinder mit Migrationshintergrund erfassen. Dies entspricht im Übrigen auch der gängigen Praxis des Landesjugendamtes; das Ergebnis der Umfrage ist als Anlage beigefügt.

<b>Mitzeichnungen</b>				
Bürgermeister	Erster Beigeordneter:	Beigeordneter/ Stadtkämmerer:	Beigeordneter/ Stadtbaurat:	Rechtsamt:
Datum: _____	Datum: _____	Datum: _____	Datum: _____	Datum: _____

Zahl der erforderlichen Protokollauszüge: \_\_\_\_\_

## **Ergebnis der Beratung in der Arbeitsgemeinschaft**

Die Arbeitsgemeinschaft Tagesbetreuung hat sich mit diesem Thema befasst und ist nach intensiver und ausgewogener Diskussion des Themas zu folgendem Ergebnis gekommen:

Seitens der Träger wird der hohe Anteil von Kindern mit Migrationshintergrund in einigen Einrichtungen als Folge der nicht veränderbaren sozialräumlichen Gegebenheiten grundsätzlich akzeptiert. Der erhöhte Personaleinsatz in einem Teil der Einrichtungen wird ausdrücklich benannt. Ebenso werden die Sonderfinanzierungen insbesondere für die kirchlichen Einrichtungen als Teillösung für das Problem angesehen, weil hierdurch auch zukünftig ein Platzangebot vorgehalten wird, das über den kirchlichen Bedarf weit hinausgeht und damit für andere Bedarfe auch von Kindern ausländischer Herkunft zur Verfügung steht. Gleichzeitig wird einvernehmlich an alle Träger appelliert, sich des Problems bewusst zu sein und dies bei Entscheidungen angemessen zu berücksichtigen.

### **Hintergrund:**

Bedingt durch den Bergbau und dessen Wohnungsvergabepaxis kam es in den 60er und 70er Jahren zu einer Konzentration von Familien ausländischer, insbesondere türkischer Herkunft in bestimmten Wohnbereichen vor allem im Gladbecker Süden. Hierdurch bildete sich im Laufe vieler Jahre auch eine entsprechende Infrastruktur heraus; türkische Teestuben, Lebensmittelläden, Moscheen und Ärzte und nicht zuletzt das Satellitenfernsehen machten es vielen möglich, sich auf die eigene Sprache und Kultur zu konzentrieren. Man konnte und kann - soweit man keiner Berufstätigkeit nachgeht - nahezu ohne deutsche Sprachkenntnisse in gesellschaftlichen Parallelstrukturen leben. Dies alles ist auch aus Sicht der ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger verständlich und nachvollziehbar, aus Sicht der Deutschen ist dies lange Zeit hingenommen worden, findet jedoch auch vor dem Hintergrund der aktuellen kritischen Auseinandersetzung mit dem Multikulturalismus immer weniger Zustimmung. Mit den sich daraus ergebenden Konsequenzen für die Integration insbesondere der nachwachsenden Generation tun sich allerdings dann alle schwer.

Eltern deutscher und ausländischer Herkunft möchten Bildung, Spracherwerb und Schulerfolg ihrer Kinder gesichert sehen, Letztere sehen die Vermittlung deutscher Sprachkenntnisse als Voraussetzung für den Schulerfolg weniger als eigene, sondern als Aufgabe des Kindergartens an. Da die Rahmenbedingungen für einen „natürlichen“ Zweitspracherwerb insbesondere dort gut sind, wo die Mehrzahl der Kinder deutscher Herkunft ist, sind Plätze in solchen Einrichtungen besonders begehrt.

Mehrheitlich wünschen sich auch bildungsorientierte deutsche Eltern eine von deutschen Kindern und Eltern geprägte Atmosphäre in den Kindergärten; Einrichtungen, die weitgehend oder überwiegend von Kindern ausländischer Herkunft besucht werden, finden also grundsätzlich sowohl bei Eltern deutscher wie ausländischer Herkunft eine geringere Akzeptanz. Überlagert wird dies von schichtenspezifischen Besonderheiten, so treffen vor allem in den Kindergärten im Gladbecker Süden nicht selten viele Kinder ausländischer Herkunft auf Kinder aus der eher bildungsfernen deutschen Unterschicht. Gerade ausländische Eltern legen zudem besonderen Wert auf eine sehr wohnortnahe Versorgung ihrer Kinder.

Zugespißt formuliert wünschen sich Eltern ausländischer Herkunft also ein Leben in einem türkisch-muslimisch geprägten Wohnbereich und mitten darin einen kirchlichen Kindergarten, der für alle muslimischen Kinder mit Migrationshintergrund völlig gleichberechtigt, ohne Rücksicht auf Religionszugehörigkeiten zugänglich ist und zudem einen geringen Anteil ausländischer Kinder hat. Eine irrationale Utopie!

Angesichts der derzeitigen rechtlichen Rahmenbedingungen, gibt es eine ausdrücklich gewünschte auch weltanschaulich ausgerichtete Trägervielfalt. Die Katholische und Evangelische Kirche halten das größte Platzangebot in Gladbeck vor, der Zugang hierzu ist zunächst über die entsprechende Religionszugehörigkeit gegeben. Dies ist legitim und nicht zu beanstanden, führt allerdings faktisch auch dazu, dass zunächst kirchlich gebundene, vornehmlich deutsche Kinder aufgenommen werden. Darüber hinaus finden auch muslimische Kinder Aufnahme; hier werden die Kirchen ihrer gesamtgesellschaftlichen Verantwortung gerecht. Dies hat allerdings auch die Folge, dass die Kindergärten in AWO- bzw. kommunaler Trägerschaft in diesen Wohnbereichen hohe Anteile von Kindern ausländischer Herkunft aufweisen. Eine Ausnahme mit sehr hohem Anteil von Kindern ausländischer Herkunft bildet aufgrund seiner Startbedingungen der katholische SKF-Kindergarten „Oase“, Waldenburger Straße.

Ein Teil der Problemlösung liegt, wie bereits dargestellt, in der kommunalen Sonderförderung für kirchliche Einrichtungen und den damit verbundenen Möglichkeiten für Kinder mit Migrationshintergrund.

Zudem haben inzwischen alle Einrichtungen mit einem hohen Anteil von Migrantenkindern spezielle Spracherwerbskonzepte, mit denen bei dreijährigem regelmäßigen Besuch eines Kindergartens bezüglich deutscher Sprachkenntnisse ein gelingender Start in der Grundschule auch auf diesem Wege gesichert werden kann.

## **Ausblick**

Bei allem Bemühen um Chancengleichheit bei der frühen Bildung von Kindern, eine zukunftsfähige Gesellschaft braucht sicherlich eine breite Förderung all ihrer Mitglieder, darf allerdings auch nicht vergessen werden, dass eine völlige Gleichstellung in allen Bildungsbereichen insbesondere außerhalb von Kindergarten und Schule nicht gelingen wird. Auch, wenn es zu bedauern ist, gilt hier der Satz: „Kinder teilen das Schicksal ihrer Eltern“. Dies ist gleichzeitig ein Appell an Eltern, ihre Bildungs- und Erziehungsverantwortung gegenüber ihren Kindern wahrzunehmen, vor allem durch intensive und regelmäßige Nutzung der Angebote der Kindergärten, durch eine positive und intensive Begleitung der Kindheit und Jugend ihrer Kinder und nicht zuletzt auch durch Nutzung von Angeboten der Elternbildung.

**Finanzielle Auswirkungen:**

keine

folgende

Einnahme (€)	VwHH	VmHH
einmalig		
jährlich		
<i>darin enthalten:</i>		
Zuschüsse		
Beiträge Dritter		

Ausgabe (€)	VwHH	VmHH
einmalig		
jährlich		
<i>darin enthalten:</i>		
Personalkosten		
Unterhaltungs- und Betriebskosten		
Finanzierungskosten		

Haushaltsmittel stehen:  zur Verfügung  nicht zur Verfügung

**Beschlussentwurf:**

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

Der Bürgermeister  
i.V.

---

Hommel  
Beigeordneter/Stadtkämmerer

---

In der Sitzung des

☒ \_\_\_\_\_-Ausschusses

☒ Rates

☒ Haupt- und Finanzausschusses

am \_\_\_\_\_ (nicht - öffentlicher Teil) wurde wie folgt beschlossen: